

Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung



Herrn Oberbürgermeister
Dieter Reiter
Rathaus
80331 München

München, 7.10.2025

Antrag zur dringlichen Behandlung in der Vollversammlung vom 22.10.2025: Sicherheit der Einrichtungen demokratisch gewählter Parteien gewährleisten

Der Stadtrat möge beschließen:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zum Schutz der Organe der Demokratie in München unverzüglich einen Sondertopf von 50.000 Euro für 2025 und 2026 einzurichten und einen Kriterienkatalog zur Ausreichung an politische Parteien, wie die AfD, mit schutzbedürftigen Einrichtungen in München zu definieren. Dieser soll vom KVR verwaltet werden.

Die Förderung soll „blinde Flecken“ im Sicherheitsnetz der Institutionen abdecken und das Schutzniveau von Einrichtungen, die einem hohen Risiko ausgesetzt sind, massiv erhöhen. Förderungen sollen dem Grundsatz nach nachrangig zu Förderungen durch den primär für Sicherheitsmaßnahmen zuständigen Freistaat Bayern sowie in Abstimmung mit den Sicherheitsbehörden des Freistaats erfolgen.

Begründung:

Die Partei der Alternative für Deutschland (AfD) hat nach dem Grundgesetz den Auftrag an der Meinungsbildung des Volkes beizutragen. Sie tut dies in München unter erschwerten Bedingungen. Im Gegensatz zu den anderen Parteien wurden gezielt Entscheidungen u. a. im Stadtrat getroffen, der AfD die zur Meinungsbildung nötige Öffentlichkeitsarbeit in öffentlich zugänglichen Räumen zu verwehren. Dies gilt für die Entscheidung des Stadtrates ca. 2016, bei der Versammlungsräume in städtischen Schulen nicht mehr an politische Parteien vermietet werden dürfen. Ebenso werden noch immer Wirte von Bezirksausschussabordnungen gezielt aufgesucht und zum Unterlassen der Vermietung von Räumen an die AfD aufgefordert.

Es gab eine große Zahl von Anschlägen auf Vertreter der Partei in München, u. a. diverse Graffiti-Schmierereien. Es fanden regelmäßig Angriffe auf Infostände und Mitglieder der AfD statt. Die Polizei hat regelmäßig größere Aufmärsche der Antifa bei Veranstaltungen der AfD im öffentlichen Raum in Zaum zu halten.

Die Anmietung von Räumen für die politische Tätigkeit von Abgeordneten hat sich in den letzten Jahren als fast unmöglich herausgestellt, nachdem die Vermieter Angst vor Vandalismus haben müssen. Das war auch der Grund, warum die Landesgeschäftsstelle vom Fasanengarten in Unterhaching wegziehen musste.

Dies alles gipfelte nun in zwei Brandanschlägen auf das neue Abgeordnetenbüro in Perlach.

<https://www.freilich-magazin.com/politik/muenchen-mutmasslich-linksextremer-brandanschlag-auf-afd-wahlkreisbueros>

Antrag



<https://www.abendzeitung-muenchen.de/muenchen/nach-brandanschlag-erneut-feuer-in-afd-buero-perlach-art-1084517>

Ebenso aktuell wurde ein Brandanschlag auf die CSU-Zentrale in München verübt.

<https://www.sueddeutsche.de/muenchen/brandstiftung-csu-zentrale-muenchen-staatsschutz-li.3321798>

Die Bedrohungslage ist nun nicht mehr wegzudiskutieren und auch nicht mehr hinzunehmen. Nach dem Parteiengesetz ist die Chancengleichheit aller Parteien zu gewährleisten. Es besteht eine historische Pflicht für die Toleranz Andersdenkender.

Der Sondertopf der Landeshauptstadt München soll hier gezielt ansetzen:

- durch kurzfristige Finanzierung zusätzlicher baulicher oder technischer Sicherheitsmaßnahmen
- durch Unterstützung von Sicherheitsdiensten bei Veranstaltungen
- durch Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz und Handlungsfähigkeit der Einrichtungen.

Ziel muss sein, die Arbeit demokratisch gewählter Parteien zu sichern.

Der Stadtrat darf angesichts der Eskalation nicht länger abwarten, sondern muss sich zur Demokratie bekennen. Jede Verzögerung würde das Risiko erhöhen, dass erst auf noch schwerwiegendere Vorfälle reagiert wird, anstatt präventiv zu handeln. Angesichts der Verantwortung Münchens ist es unsere höchste Pflicht, hier entschieden und rechtzeitig zu handeln.

Initiative:

Iris Wassill
ea. Stadträtin

Markus Walbrunn
ea. Stadtrat

Daniel Stanke
ea. Stadtrat